

Leila Züllighoven

Lastengleichheit in der grundgesetzlichen Wertordnung

Zu den Rechtfertigungsanforderungen
an ungleichmäßige Besteuerung



Nomos

Nomos Universitätsschriften

Recht

Band 966

Leila Züllighoven

Lastengleichheit in der grundgesetzlichen Wertordnung

Zu den Rechtfertigungsanforderungen
an ungleichmäßige Besteuerung



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Münster, Univ., Diss., 2019

u.d.T.: Steuerliche Lastengleichheit und ihre Durchbrechungen im Lichte der vom Bundesverfassungsgericht geprägten grundgesetzlichen Wertordnung

ISBN 978-3-8487-6059-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-0188-4 (ePDF)

D6

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*für meine Eltern,
meinen Mann und
meine Kinder*

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	11
B. Die vom Bundesverfassungsgericht geprägte grundgesetzliche Wertordnung	13
I. Bedeutung der Wertrechtsprechung für die Verfassungsinterpretation	14
II. Konturen der Wertordnung	17
1. Menschenwürde	17
2. Freiheit	21
3. Verantwortung	23
4. Gleichheit	26
C. Notwendige generelle Aufwertung des Gleichheitsgrundrechts	29
I. Gleichheitsrechtliche Prüfungsmaßstäbe	30
1. Zwischen Willkürverbot und „Verhältnismäßigkeitserfordernissen“	31
a) Nähe zu den Differenzierungsmerkmalen des Art. 3 Abs. 3 GG	32
b) Verfügbarkeit	33
c) Betroffenheit in Freiheitsrechten	34
2. Logische Struktur der Maßstäbe und dogmatische Konsequenzen	34
a) Diskussion über die gleichheitsrechtliche Verhältnismäßigkeit	36
b) Entsprechungsprüfung auf Ebene der Feststellung einer Ungleichbehandlung	39
c) Verhältnismäßigkeitsprüfung auf Ebene der Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen	52
aa) Legitimität des Differenzierungsziels	53
bb) Eignung der differenzierenden Regelung	56
cc) Erforderlichkeit der differenzierenden Regelung	57
dd) Angemessenheit der differenzierenden Regelung	60
d) Unverfügbarkeit der Maßstäbe	62

Inhaltsverzeichnis

II. Prozessuale Durchsetzbarkeit des Gleichachtungsanspruchs angesichts von Begünstigungen anderer	68
a) Aussicht auf Besserstellung als Zulässigkeitsvoraussetzung	69
b) Unzulässige Diskreditierung des grundrechtlich geschützten Gleichachtungsinteresses durch das Neidargument	71
D. Im Besonderen: Lastengleichheit und Anforderungen an ihre Durchbrechungen	76
I. Aktualisierung der grundgesetzlichen Wertordnung im Steuerstaatsprinzip	77
II. Gleiche Verantwortung für die Staatsfinanzierung	81
1. Das Leistungsfähigkeitsprinzip als steuerrechtsspezifische Konkretisierung des Gleichheitssatzes	83
a) Engere Bindung des Steuergesetzgebers nach dem Bundesverfassungsgericht erst im Rahmen folgerichtiger Umsetzung von Belastungsgrundentscheidungen	84
b) Notwendigkeit der Differenzierung zwischen dem Vorliegen einer Ungleichbehandlung und ihrer Rechtfertigung: Gleichheitsrechtliche Entsprechungsprüfung im Steuerrecht	89
aa) Besonderheiten des Prüfungsgegenstands	90
(1) Steuerwirkungen	91
(2) Steuerzwecke	94
bb) Sachgerechtigkeit als Kriterium zulässiger Ausdifferenzierung steuerlicher Belastungsgrundentscheidungen	97
cc) Konkrete Anforderungen leistungsfähigkeitsgerechter Steuergesetzgebung und ihre Entwertung durch das Folgerichtigkeitsgebot	103
(1) Konsistente Anknüpfung an ein reales wirtschaftliches Potenzial	106
(2) Exklusivität des Leistungsfähigkeitsprinzips als Maßstab gleichmäßiger Besteuerung	109
(3) Gebot der sachgerechten Ausdifferenzierung auf allen Konkretisierungsebenen	111

(4) Gebot der Abstimmung der Steuerarten aufeinander	113
(5) Entbehrlichkeit des Folgerichtigkeitsgebots	114
2. Voraussetzungen für Durchbrechungen der Lastengleichheit	118
a) Lenkung	122
aa) Legitimer Lenkungszweck	123
bb) Geeignetheit	125
cc) Erforderlichkeit	130
dd) Angemessenheit	131
ee) Beispiele verfassungswidriger Lenkungstatbestände	133
b) Vereinfachung	141
aa) Sachgerechte Tatbestandsabgrenzung als Frage der Entsprechungsprüfung	142
bb) Rechtfertigungsbedürftige Ungleichbehandlung nur bei vereinfachender Abweichung von einer Ausdifferenzierung des Leistungsfähigkeitsprinzips	148
E. Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts gegenüber dem Steuergesetzgeber	150
I. Austarieren der Gewalten in der Auslegung des Gleichheitssatzes	152
II. Einhaltung der Grenzen verfassungsgerichtlicher Entscheidungszuständigkeit durch Methodenrationalität und Methodenehrlichkeit	155
1. Selbstbeschränkung und „Hintertüren“ in der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung	156
a) „Gleitender Maßstab“ im Rahmen der Gleichheitsprüfung	156
b) Wenig folgerichtige Folgerichtigkeitsanforderungen	157
c) Feineinstellung der Kontrolldichte von Fall zu Fall als letztlich politische „Routine“	159
2. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Verfassungsinterpretation	161
3. Gebot der Umsetzung der Ergebnisse rationaler Grundrechtsauslegung in entsprechend rationale Grundrechtsdogmatik	164

Inhaltsverzeichnis

III. Effektivierung von Lastengleichheit durch Verfassungsrechtsprechung	166
F. Fazit	172
G. Zusammenfassung der Ergebnisse	174
H. Literaturverzeichnis	185